

TEIL II

Kapitel 4

Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

von

Michael Herrmann

Wirtschaftsberater, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
(United Nations Population Fund – UNFPA)

Obwohl sich das Bevölkerungswachstum in den meisten Ländern verlangsamt hat, ist die Wachstumsrate der Weltbevölkerung weiterhin hoch. Ohne einen schnellen und deutlichen Rückgang der Geburtenrate könnte die Weltbevölkerung den neuesten Projektionen der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen zufolge bis zum Jahr 2100 auf 16 Milliarden steigen. Unsere Bemühungen, die Armut zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, für Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit zu sorgen und zugleich die Umwelt zu schützen, erhalten durch das Bevölkerungswachstum, gepaart mit höherem Konsum, eine noch größere Tragweite. Diese Fakten waren bereits vor fast zwanzig Jahren bekannt, als kurz nach der Rio-Erklärung von 1992 das Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von 1994 einen zweigleisigen Ansatz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung skizzierte. Dieser Ansatz forderte nachhaltigere Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten, flankiert von geeigneten Politikmaßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels. Die Umsetzung lässt jedoch auf sich warten. Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, müssen Entwicklungsländer und ihre Partner folgende Voraussetzungen schaffen: a) universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und Familienplanung, b) Investitionen in Bildung mit besonderem Schwerpunkt auf Geschlechterparität, c) Stärkung der Position von Frauen und d) systematische Einbeziehung von Bevölkerungsprojektionen in Entwicklungsstrategien und -politikmaßnahmen.

Der Mensch steht im Zentrum der nachhaltigen Entwicklung.

Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung (Rio-Erklärung, 1992, Grundsatz 1). Bei der Förderung einer nachhaltigeren Entwicklung müssen Bevölkerungsaspekte berücksichtigt werden – die Zahl, geografische Verteilung und Altersstruktur der Bevölkerung sowie ihre Lebensbedingungen, Zielsetzungen und Chancen (IIASA und UNFPA, 2011). Eine Fokussierung auf die Menschen ist auch eine Grundvoraussetzung für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltentwicklung sowie für eine enge und wirksamere Integration dieser Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung.

Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung

Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung sind eng und untrennbar miteinander verflochten. Die Weltbevölkerung hat mittlerweile die Marke von 7 Milliarden überschritten und wird den Projektionen der Vereinten Nationen zufolge weiter wachsen. Das Bevölkerungswachstum erhöht die Tragweite unserer Bemühungen, die Armut zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, für Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit zu sorgen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen (WEF und UNFPA, 2012).

Um 9 Milliarden Menschen zu ernähren, muss die landwirtschaftliche Produktion um 70% gesteigert werden.

Durch das Bevölkerungswachstum und den steigenden Konsum verstärkt sich der Druck auf alle natürlichen Ressourcen. Weltweit leiden über 1 Milliarde Menschen unter Armut und Ernährungsunsicherheit. Es sind gewaltige Entwicklungsanstrengungen erforderlich, um diese Menschen aus der Armut zu befreien und eine menschenwürdige Lebensqualität für nachfolgende Generationen sicherzustellen. Es ist nicht nur wichtig, für eine gerechtere Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen zu sorgen, was angesichts der wachsenden Ungleichheit in der Welt immer schwieriger wird; es ist auch eine Steigerung der wirtschaftlichen Produktionsleistung erforderlich (Herrmann, 2012). Um eine Weltbevölkerung von 9 Milliarden zu ernähren, die voraussichtlich noch vor Mitte dieses Jahrhunderts erreicht werden wird, ist den Berechnungen der FAO (2010) zufolge eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um insgesamt rd. 70% notwendig. Neben der Produktionsleistung des Landwirtschaftssektors muss aber auch das Produktionsvolumen vieler anderer lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen gesteigert werden. Menschen brauchen Kleidung, Wohnraum, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Infrastruktur; darüber hinaus besteht beispielsweise Bedarf an Gesundheits- und Bildungsleistungen. Die Zielsetzung, die Armut zu verringern und die Lebensverhältnisse für eine wachsende Weltbevölkerung zu verbessern, wird den Druck auf alle natürlichen Ressourcen, wie etwa Klima, Wasser, Land und Wälder, verstärken.

Die Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder wird sich bis 2050 verdoppeln.

Die am wenigsten entwickelten Länder der Welt sind zwar am unmittelbarsten betroffen, doch die zu bewältigenden Herausforderungen erfordern globale politische Maßnahmen. Die ärmsten Länder haben die höchsten Bevölkerungszuwachsraten, sind am stärksten von Armut und Ernährungsunsicherheit betroffen und haben bei der Erhöhung und Sicherung der Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit und Bildung für ihre wachsende Bevölkerung die größten Herausforderungen zu bewältigen. Zudem ist in diesen Ländern, in denen es kaum Arbeitslosenunterstützung gibt, zwar nur ein vergleichsweise niedriger Anteil der Bevölkerung offiziell arbeitslos, eine große Mehrheit ist jedoch von unproduktiver und oft prekärer Unterbeschäftigung sowie von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen betroffen (ILO, 2011). Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung dieser Länder verdoppeln, und ihre verfügbare erwerbsfähige Bevölkerung wird sich zusammengenommen um rd. 33 000 junge Menschen pro Tag erhöhen (UNFPA, 2011a). Die Bedürfnisse ihrer bestehenden und zukünftigen Bevölkerung zu decken und zugleich eine ökologisch nachhaltige Entwicklung zu fördern, stellt für viele der ärmsten Länder weltweit eine zunehmend schwierige Aufgabe dar.

Obwohl die ärmsten Länder der Welt bisher am wenigsten zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, leiden sie überproportional stark unter dem Klimawandel. Dieser verstärkt potenzielle Klimarisiken, wie etwa die Veränderung der Niederschlagsmuster und die zunehmende Desertifikation, die direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Der Druck auf landwirtschaftliche Nutzflächen, Wald- und Wasserressourcen ist jedoch nicht nur auf den Klimawandel zurückzuführen, sondern auch auf Produktions- und Konsumstrukturen in den ärmsten Ländern selbst. Viele dieser Länder setzen zur Steigerung ihres Wirtschaftswachstums in hohem Maße auf die Verwertung ihrer natürlichen Ressourcen – insbesondere durch Rohstoffförderung sowie großflächige land- und forstwirtschaftliche Produktion –, und viele der ärmsten Haushalte sind für ihren täglichen Bedarf auf Holz und andere natürliche Ressourcen angewiesen. Der UNFPA (2011a) wies unlängst darauf hin, dass die am wenigsten entwickelten Länder der Welt am meisten unter einer rapiden Degradation und Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen leiden und dass dadurch faktisch ein nachhaltiges Aufschließen zu stärker entwickelten Ländern erschwert wird (vgl. auch UNCTAD, 2011). Zwischen 2000 und 2008 war die durchschnittliche Rate des realen Wirtschaftswachstums in den am wenigsten entwickelten Ländern fast so hoch wie in anderen Entwicklungsländern (6,5%, verglichen mit 6,6%); nach Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums sowie der Umweltdegradation und -ausbeutung war ihre Wachstumsrate nur noch etwas mehr als halb so hoch wie in anderen Entwicklungsländern (2,5%, verglichen mit 4,7%) (UNFPA, 2011a).

Obwohl sich die Auswirkungen der Bevölkerungszunahme und der Umweltzerstörung in den am wenigsten entwickelten Ländern in Subsahara-Afrika und Südasien am stärksten bemerkbar machen, haben diese Herausforderungen unweigerlich gravierende globale Konsequenzen, die eine global koordinierte Reaktion erfordern. Die Welt ist nicht nur durch internationale Handels- und Finanzströme verbunden, sondern auch durch die globalen Auswirkungen ökologischer und demografischer Veränderungen. So sind etwa alle Länder weltweit von den Anstrengungen betroffen, den rapide steigenden Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln und Energie zu decken. Ebenso verhält es sich mit den Bemühungen, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, die Armut zu bekämpfen, die Lebensstandards zu verbessern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen – scheitern diese, so sind Stabilität, Sicherheit und Nachhaltigkeit der ganzen Welt bedroht.

In dem bei der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo 1994 verabschiedeten Aktionsprogramm wurden Politikprioritäten für eine nachhaltige Entwicklung formuliert. In der Präambel werden der Schwerpunkt und die Zielsetzungen dieses richtungsweisenden Übereinkommens klar umrissen: „Die Bevölkerungs- und Entwicklungsziele und -maßnahmen des vorliegenden Aktionsprogramms werden sich kollektiv mit den entscheidenden Herausforderungen und Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerungsentwicklung und einem dauerhaften Wirtschaftswachstum im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen“ (Ziffer 1.9). In Anlehnung an die Rio-Erklärung von 1992 (Grundsatz 8) skizziert das ICPD-Aktionsprogramm (Grundsatz 6) einen zweigleisigen Ansatz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, und zwar insbesondere durch nachhaltigere Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten – Markenzeichen einer grünen Wirtschaft – sowie die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Politikmaßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels.

Demografie ist kein Schicksal

Wenn wir nicht sehr bald handeln, könnte die Weltbevölkerung bis 2100 auf 16 Milliarden steigen.

Ob die Weltbevölkerung zur Mitte des Jahrhunderts 9 Milliarden überschreiten und sich zum Ende des Jahrhunderts bei etwa 10 Milliarden einpendeln wird oder stattdessen bis zur Mitte des Jahrhunderts auf über 10 Milliarden wachsen und zum Ende des Jahrhunderts rd. 16 Milliarden erreichen wird, hängt von den Politikmaßnahmen ab, die jetzt ergriffen werden. Letztlich ist es nur eine Differenz von 0,5 Kindern pro Frau, die den Unterschied zwischen den mittleren und den hohen Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen ausmacht (UNFPA, 2011b; VN, 2010). Jedes Jahrzehnt, um das sich die Senkung der Geburtenrate auf Bestandserhaltungsniveau verzögert, bedeutet für viele weitere Jahrzehnte einen erheblichen Bevölkerungszuwachs (VN, 2011).

Alle Länder, besonders die ärmsten, müssen Bevölkerungsdaten und -projektionen in ihren Entwicklungsstrategien berücksichtigen.

Der Bevölkerungsdynamik kann durch wirksame, auf den Menschenrechten basierende Politikmaßnahmen und sorgfältige Planung begegnet werden. Universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, freiwillige Familienplanung, Investitionen in die Bildung junger Menschen, insbesondere Mädchen, und die Stärkung der Position der Frauen können zusammengenommen eine große Wirkung erzielen. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität bei, indem sie die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit reduzieren, die Ausbreitung ansteckender Krankheiten eindämmen und ungewollte Schwangerschaften junger Frauen verringern, sondern sie tragen auch zur Senkung der Geburtenrate und des Bevölkerungswachstums bei. Selbst wenn aber die Geburtenrate schnell auf Bestandserhaltungsniveau fallen sollte, würde die Bevölkerung allein auf Grund der hohen Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter noch jahrzehntelang weiter wachsen. In den ärmsten Ländern wird die Stadtbevölkerung noch schneller wachsen als die Landbevölkerung. Es ist unerlässlich, dass alle Länder, auch die ärmsten, systematisch Bevölkerungsdaten und -projektionen in ihren Entwicklungsstrategien berücksichtigen. Durch entsprechende Vorausplanung können die Länder den zahlreichen Herausforderungen, die mit einer rapiden Urbanisierung einhergehen, begegnen und die bedeutenden Chancen nutzen, die dieser Prozess für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung bietet. Demografische Veränderungen können Chancen für eine nachhaltige Entwicklung

schaffen. Die Abwanderung aus ländlichen Gegenden in die Städte kann den Druck auf die natürlichen Ressourcen vermindern und den Menschen eine Anpassung an Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der Umweltbedingungen ermöglichen. Auf diese Weise kann die Zunahme der Stadtbevölkerung – die in vielen der ärmsten Länder durch erhebliche Migrationsbewegungen beschleunigt wird – positiv zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Bei wachsenden Bevölkerungszahlen ist es ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wenn die Menschen in städtischen Gebieten in größerer räumlicher Nähe leben, wo sie – einkommensbereinigt – in der Regel weniger Energie verbrauchen als in ländlichen Gebieten. Besonders groß sind die Energieeinsparungen im städtischen Wohnungsbau- und Verkehrssektor, wo der Staat grundlegende Infrastruktur- und Dienstleistungen zu geringeren Kosten pro Einwohner bereitstellen kann als in ländlichen Gebieten.

Demografische Veränderungen können Chancen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen.

Ein Rückgang der Geburtenrate wird eine vorübergehende Verringerung der Abhängigenquotienten bewirken und dadurch den Ländern und den privaten Haushalten die Möglichkeit bieten, die Investitionen in ihre produktiven Ressourcen zu erhöhen. Höhere Investitionen in junge Menschen beispielsweise können zu einer gesünderen, besser ausgebildeten und produktiveren Erwerbsbevölkerung beitragen; wenn diese jungen Menschen Arbeitsplätze finden, wird dadurch ein höheres und dauerhafteres Wirtschaftswachstum erzielt. Das ICPD-Aktionsprogramm wies darauf hin, dass „ein langsames Bevölkerungswachstum in vielen Ländern mehr Zeit für die Anpassung an das zukünftige Bevölkerungswachstum erkaufte hat. Dadurch sind die Länder besser in der Lage, die Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen und wiederherzustellen und die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung in der Zukunft zu schaffen. Bei der Senkung der Geburtenrate auf Stabilisierungsniveau kann selbst der Unterschied, den ein einziges Jahrzehnt ausmacht, bereits einen bedeutenden positiven Einfluss auf die Lebensqualität haben“ (ICPD, 1994).

Der Weg in die Zukunft

Die untrennbare Verflechtung von Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung bringt konkrete Politikimplikationen für Entwicklungsländer und ihre bilateralen und multilateralen Entwicklungspartner mit sich. Mittlerweile herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Bevölkerungsbelange eine wichtige Rolle für die nachhaltige Entwicklung spielen und dass die Implikationen dieser Wechselwirkungen genau erfasst werden müssen, um eine glaubwürdige Agenda zu entwickeln. Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, müssen Entwicklungsländer und ihre Partner folgende Voraussetzungen schaffen: a) universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und Familienplanung, b) Investitionen in Bildung mit besonderem Schwerpunkt auf Geschlechterparität, c) Stärkung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und d) systematische Berücksichtigung von Bevölkerungsprojektionen in Entwicklungsstrategien und -politikmaßnahmen. Eine vorausschauende Planung, die den prognostizierten Veränderungen der Bevölkerungszahlen und Altersstrukturen bzw. der Migration und Urbanisierung Rechnung trägt, ist die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige ländliche, städtische und nationale Entwicklung sowie für Bemühungen zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Reduzierung des Katastrophenrisikos. Staaten, die es versäumen, diese demografischen Veränderungen in ihre Planungen einzubeziehen und deren Vorteile zu nutzen, werden gezwungen sein, in einem permanenten Krisenmodus zu handeln und auf die demografischen Herausforderungen zu reagieren, wenn sie eintreten – was in der Regel kostspieliger und weniger effektiv ist.

Literaturverzeichnis

- FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) (2010), *Growing Food for 9 Billion*, FAO, Rom.
- Herrmann, M. (2012), "Human Well-being, Economic Prosperity and Environmental Protection", Beitrag zur Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, Rio de Janeiro, Brasilien, 20.-22. Juni 2012.
- ICPD (Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung) (1994), "Programme of Action", Bericht der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, 5.-13. September 1994, UNFPA, Kairo.
- IIASA und UNFPA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse und Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen) (2011), "The Laxenburg Declaration on Population and Sustainable Development, Statement of a Global Expert Panel", Oktober 2011, Laxenburg.
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2011), "Growth, Employment and Decent Work in the Least Developed Countries", Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation für die vierte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, Istanbul, 9.-13. Mai 2011, ILO, Genf.
- UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) (2011), "The Least Developed Countries Report 2011: The Potential Role of South-South Co-operation for Inclusive and Sustainable Development", UNCTAD, Genf und New York.
- UNFPA (2011a), "Population Dynamics in the Least Developed Countries: Challenges and Opportunities for Development and Poverty Reduction", Beitrag zur vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, Istanbul 9.-13. Mai 2011, UNFPA, New York.
- UNFPA (2011b), "Population Matters for Sustainable Development", UNFPA, New York.
- VN (Vereinte Nationen) (2011), *World Population Prospects: The 2010 Revision*, Population Division im Department of Economic and Social Affairs des Sekretariats der Vereinten Nationen, New York.
- WEF (Weltwirtschaftsforum) und UNFPA (2012), "The Missing Link in Sustainable Development: A Call to Integrate Population in the Water, Food, Energy Nexus", *Statement of a Global Expert Panel*, März 2012, UNFPA, New York.



From:
Development Co-operation Report 2012
Lessons in Linking Sustainability and Development

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/dcr-2012-en>

Please cite this chapter as:

Herrmann, Michael (2013), "Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik in Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, Michael Herrmann", in OECD, *Development Co-operation Report 2012: Lessons in Linking Sustainability and Development*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/dcr-2012-11-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.